

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 10 (1990)
Heft: 20

Vorwort: Editorial
Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Europa hat uns nichts mehr zu sagen.
Europa hat nichts mehr zu sagen.
E. Galeano

Dieses Urteil eines unbestechlichen Blicks auf die gegenwärtige Szene von Europa aus der Perspektive der Nicht-Europäer vermag die politische und kulturelle Geschäftigkeit auf diesem Kontinent in 'Aufbruch' kaum zu stören. 'Europa 92' gibt, genauer gesehen, zu Euphorien wenig Anlass.

Fünfhundert Jahre nach der spanischen Eroberung und Kolonisation Amerikas, nach der europäisch-christlichen Barbarei in der 'Neuen Welt', bis zu den Krieg-Frieden-Strategien der USA nach dem 2. Weltkrieg im Namen der 'Freien Welt', und weiter bis zum Machtausbau des internationalen, atlantisch-japanischen Finanzsystems, der Weltbank und des Weltwährungsfonds in den 80er Jahren: Die weltpolitischen Veränderungen von 1989/90 gehen voll auf Kosten der Dritten Welt. Mit allen Mitteln sind überdies die hochindustrialisierten Nationen daran, sich vor einem 'Ansturm' der von ihnen mitverursachten Flüchtlingsbewegungen auf ihre 'Wohlstands-Festung' im Norden und Westen zu schützen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Schwächung des Warschauer Pakts steuern die USA mit der Intervention in der Golfregion (19. September 90) einen militärischen Konfrontationskurs mit absehbar verheerenden Folgen an. Was sich abzeichnet, ist eine von der USA-Regierung geplante Krisenstrategie, der globale Hegemonialanspruch einer "Neuen Weltordnung" (L.Eagleburger), in der sie "die Kontrolle über das Weltwirtschaftssystem aufrechterhalten" will und das "faktische Monopol auf dem Sicherheitsmarkt" als "Druckmittel" (W.Neikirk, Chicago Tribune 9.9.90) jederzeit einsetzen kann.

Gegen die von neokonservativen Kräften lange geförderte 'Amerikanisierung von Europa' hat sich zu Beginn der 80er Jahre eine 'Europäisierung von Europa' (W.Brandt) stark gemacht, die nach dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Kommandowirtschaften in Osteuropa mit dem 'Projekt EG 92' unter der politisch-ökonomischen Führung der Grossmacht Deutschland derzeit auf unberechenbare Weise dynamisiert wird. "Europa zu schaffen", so der sozialistische französische Premierminister M.Rocard, "heisst ... anzuerkennen, dass Deutschland die dominierende wirtschaftliche Macht in Europa ist. Das muss man wissen."

Die Europäische Gemeinschaft war kein Projekt der Linken. 1973 bereits hatte J.Galtung in seiner Studie 'Kapitalistische Grossmacht oder Die Gemeinschaft der Konzerne?' vieles vorausgesehen; politisch wurde die EG-Frage von den Linken nicht aufgegriffen. Der Stimmungsumschwung kam 1987 mit dem ratifizierten Vertragswerk 'Einheitliche Europäische Akte', in dem die EG-Staaten ein umfassendes Reformbündel beschlossen haben. Nach Jahren der Stagnation in der EG war die 'europäische Dimension' in der nationalen und internationalen Politik unter dem Vorsitz des Sozialisten

J. Delors zurückgewonnen.

Vorgearbeitet hat diesem 'Euroreformismus', der vor allem von den starken sozialistischen, sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und der PCI getragen wird, unter anderem P. Glotz mit seinem 1985 erschienenen 'Manifest für eine Neue Europäische Linke'. Proklamiert wird darin eine "soziale Demokratie als europäische Idee"; arg unterschätzt bleiben die Risiken einer auch "ökologisch" konzipierten "Modernisierung der Industriegesellschaft", nämlich Massenarbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung, Billiglohn-Regionen; diese Reform einer "Zweidrittelsgesellschaft" ist in weite Ferne gerückt. Das Deutsch-Nationale bemächtigt sich der sozialen Realität.

1990 muss Glotz vehement vor dem "Irrweg des Nationalstaates" warnen, zu "politisieren" hingegen gelte es die Integrationskraft von NATO und EG, das Kapitalvertrauen obsiegt. "Alle, von ein paar Randfiguren abgesehen, sind für Europa. Seit 1989 sind auch alle für 'Gesamteuropa', also die Osterweiterung". Heil dir Europa.

Die helvetische Strategie 'Integration ohne Partizipation' als aussenpolitische Erfolgsdevise im 19. und 20. Jahrhundert hat, wie *J. Tanner* aufzeigt, unter dem EG-Integrationsdruck, dem die Schweiz seit einiger Zeit ausgesetzt ist, endgültig ausgedient. Historische Aufarbeitungen haben dieses aussenpolitische Leitmotiv mehr und mehr diskreditiert; so hatten Schweizer Unternehmer mit dem NS-Regime nicht nur enge wirtschaftliche Verflechtungen geknüpft, massgebliche Kreise der politischen Elite hatten auch konzeptionell an der 'Neuen Ordnung' des Dritten Reiches partizipiert. Die Modernisierung der "Verteidigungsstruktur Europas" zielt nun eine "grössere Flexibilität der Nato-Streitkräfte" (NZZ) an. Und die Schweizer Regierung, die durch die direkte Übernahme des UNO-Boykotts gegen den Irak sowie durch fortgesetzte Bewilligung von Waffenexporten an das NATO-Land Türkei das Prinzip der 'Neutralität' erneut aufgehoben und gravierendste Menschenrechtsverletzungen missachtet hat, gibt sich offener denn je als festen Bestandteil des Euromilitarismus und der "Westlichen Verteidigungsallianz" zu erkennen. Vor diesem Hintergrund legt *P. Hug* eine Typologie der verschiedenen Friedensordnungskonzepte in der Architektur des 'Gemeinsamen Hauses Europa' vor und diskutiert Perspektiven einer antimilitaristischen und friedensverträglichen Europapolitik aus Schweizer Sicht.

Wie die Übereinkommen und Massnahmen auf EG-Polizei-Ebene dokumentieren: Die Schweiz ist bei der gigantischen 'Überwachungsmaschine Europa' voll dabei und an der elektronischen Perfektionierung des Informationssystems angeschlossen, so das Fazit von *B. Leuthardt*. Neue Doktrinen des Feind- und Bedrohungsbildes, der Grenzkontrollen stehen im Dienst einerseits der Inneren Sicherheit, andererseits der 'Festung Europa' und ihrer Abschreckung gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen und Drogenopfern.

Auch in den Gewerkschaften ist eine europapolitische Debatte im Gang. *B. Kappeler*, der einer linken Kritik an der kapitalistischen 'Gemeinschaft

der Konzerne' wenig, dem Reformvorhaben im 'sozialdemokratischen Zeitalter' mehr abgewinnen kann, verspricht sich über einen EG-Beitritt neue Rechte, Kontroll- und Regelungsbereiche zur Überwindung nationalstaatlicher Egoismen mit Ziel auf eine 'zivile Gesellschaft' in einem arbeitsrechtlich gesicherten 'Sozialraum Europa'. Fällig ist für ihn das Ende des helvetischen Immobilismus, der politischen Scheinsouveränität – eine normale Schweiz. Nicht ohne Blick auf das 'Europa-Manifest' der SPS, das im März 1991 verabschiedet wird, peilen auch Einzelgewerkschaften einen EG-Beitritt an. *H. Schüpfi* und *V. Pedrina* bestehen zwar vorgängig noch auf konkreten, unverzichtbaren Anforderungen an einen EWR-Vertrag, vor allem aber setzen sie auf die Erarbeitung eines "eigenständigen Integrationskonzepts", das über die EG hinausweist und in Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung ein soziales, demokratisches, ökologisches und solidarisches Europa anzustreben hat. Was in EG-Initiativen bürgerlicherseits unter "Europafähigkeit", unter "Optionen schweizerischer Aussenstrategie und politischer Reform im Innern" – so *Borner et al.* in 'Schweiz AG' – zu verstehen ist, kommentiert *W. Schöni*. Die von Interessenvertretern des Finanzkapitals und der multinationalen Unternehmen anvisierten Liberalisierungen und Deregulierungen der Binnenmärkte werden in neueren Studien mit nationalen Strukturbereinigungen gekoppelt, so mit der Abschaffung der plebiszitären, direktdemokratischen Instrumente oder dem rechtstechnischen Ausbau eines autoritären "Gesamtstaates".

Die manifeste Krise der schweizerischen Demokratie, die tiefen Risse im Konkordanzsystem und die politische Desavouierung des militärischen bzw. des staatlichen Gewaltmonopols lassen sich, so *R. Eppler-Gass* in seinem historischen Zugang, auf ein strukturelles Erbe zurückführen: die unvollständige Trennung von ökonomischer und politischer Entscheidungsmacht in der Entstehungsgeschichte des schweizerischen Staatsgebildes. Die im Rahmen des 'Projekts EG 92' gehegten reformerischen Hoffnungen werden s.E. die strukturelle Krise des politischen Systems entschärfen, zugleich die Bewegungen eines 'Europa von unten' schwächen.

Bereits *A. Künzli* hat im Widerspruch-Heft 19 die "Symptome einer Identitätskrise" (*Villiger, NZZ*) als untrügliche Zeichen einer "realexistierenden Systemkrise" ausgelegt. Dass demnach der Forschungsrat des Nationalfonds – nicht zuletzt auf die '700-Jahr-Feier' und das Unternehmen 'CH-91' hin – in Millionenhöhe Projekte zu Fragen der 'Kulturellen Vielfalt und Nationalen Identität' zu finanzieren gewillt war, schien begründet. Erste Resultate liegen vor.

In ihren Szenarien und Thesen zu Perspektiven der nationalen Identität in den 90er Jahren warnen *H.-P. Meier-Dallach* und *R. Nef* vor einer voreiligen Verabschiedung der 'Idee des Kleinstaates' und der 'Nationalen Identität'; ihre universelle Durchsetzung sei konstitutiv für die 'Weltgesellschaft'. Der unausweichliche Entscheid über den EG-Beitritt wird ihrer Einschätzung nach den Spannungskonflikt zwischen Integrationisten und Isolationisten in der Schweiz weiter radikalieren. Welche Bedeutung kommt den Symbolen nationaler und internationaler Identität in der Herausbildung von 'weibli-

cher Identität' zu? Wie *M. Nadig* anhand abgeschlossener Fallstudien über gelebte Frauenkultur aus ethnopschoanalytischer Sicht zeigt, untergraben das gesellschaftlich dominante, patriarchalistische Wertsystem, dem die Symbolwelt nationaler Identität verhaftet ist, und die entsprechend besetzte Öffentlichkeitskultur die Ansätze frauenspezifischer Gegenkultur.

Auch 'Sterben fürs Vaterland' – die perverseste Konsequenz des militärischen Fahneneids und des "nationalen Selbstbehauptungswillens" (NZZ) – hat eine Mythengeschichte, die *M. Züfle* in seinem Essay zur 'Geschichtswerdung einer Schweizer Seele' aufschlüsselt. Der Einübung in den antidemokratischen Gehorsam, in mechanisierte Arbeitsdisziplin und in todessüchtige 'Mannwerdung' durch die 'Schule der Nation' vermochte die humane Idee der Volksschule von Pestalozzi und anderen (bis hin zur 'Pädagogischen Revolution' eines Ragaz) nicht standzuhalten.

Im Diskussionsteil berichten wir aus Italien. Dort wird die PCI auf ihrem nächsten Parteitag im Januar 1991 entscheiden müssen: Erneuerung, Transformation oder Spaltung. *R. Uessler* fasst in einer kleinen Chronik die politischen Ereignisse des letzten Jahres zusammen und verschafft einen Überblick über Tendenzen, programmatische Ziele der Fronten innerhalb und ausserhalb der Partei.

Der offene Antisemitismus in breiten Teilen der sowjetischen Bevölkerung und anderer osteuropäischer Länder, zunehmende rassistische und neonazistische Gruppierungen und Bewegungen in westeuropäischen Ländern, aber auch die zugespitzte Krise des 'euro-arabischen Dialogs' verdeutlichen die brennende Aktualität der Essay-Sammlungen von Hannah Arendt, 'Auschwitz' und 'Krise des Zionismus', die *S. Blättler* vorstellt; Themen übrigens, die auch in Rezensionen ergänzend angesprochen werden. In einem Nachruf auf den Soziologen Norbert Elias erörtert *D. Karrer* die neuesten Studien dieses kritischen Humanisten, der aus der ihm eigentümlichen engagierten Distanz heraus die Kontinuitäten des deutschen Nationalcharakters schonungslos vor Augen führt.

P.F.

WIDERSPRUCH

das sind jährlich zwei Nummern mit Beiträgen aus dem kritischen Wissenschafts- und oppositionellen Kulturbereich, aus Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung, aus allen Linksparteien und den Gewerkschaften.

WIDERSPRUCH

das heisst aber auch eine nach wie vor prekäre Finanzbasis und damit Gefährdung einer längerfristigen Kontinuität dieses Zeitschriftenprojektes.

WIDERSPRUCH

braucht deshalb viele Mitglieder im

FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH, die durch ihre Mitgliedschaft das Projekt sichern und einen schrittweisen Ausbau ermöglichen.

Wir rufen deshalb alle auf, dem FÖRDERVEREIN beizutreten:

Mitgliederbeitrag Fr. 120.-- pro Jahr (inkl. die beiden pro Jahr erscheinenden Heftnummern).

FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH
Postfach, 8059 Zürich; PC 80 - 22840 - 8

